

Niedersächsischer Landtag

45. Sitzung

Hannover, den 25. September 2014

Abschließende Beratung:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012

- Anträge der Landesregierung - Drs. 17/1067 - Jahresbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofs 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung - Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Niedersachsen für das Haushaltsjahr 2012 - Drs. 17/1570 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/1991

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ hat sich, ausgehend vom Jahresbericht des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2012, mit einer Vielzahl von Themen auseinandergesetzt. Soweit mein Vorredner die Arbeit im Unterausschuss angesprochen hat, kann ich ihm zustimmen.

Nicht mittragen kann ich aber, dass hier der Versuch unternommen wird, die Arbeit des Unterausschusses und den Bericht für andere Dinge zu instrumentalisieren. In erster Linie enthält der Bericht des Landesrechnungshofes Aussagen und Hinweise zur Arbeit der damaligen schwarz-gelben Landesregierung.

Ich möchte in zwei Punkten deutlich machen, dass mein Vorredner unrecht hat.

Erstens. Bei dem, was Sie zum Thema Personal gesagt haben, haben Sie offensichtlich vergessen, darauf hinzuweisen, dass der Landesrechnungshof sehr deutlich gemacht hat, dass Ihre Verwaltungsreform, die immer wieder von viel öffentlichem Getöse begleitet wurde, eben nicht zu Stelleneinsparungen geführt hat.

Zweitens. Ich glaube nicht, dass Sie Anlass haben, sich jetzt zum Retter jeder Grundschule aufzuschwingen. Wir haben einen ganz klar definierten gesetzlichen Auftrag - auch die Ministerin bekennt sich weiterhin dazu, und die Landesregierung steht dahinter -: Träger der Schulen sind die Kommunen. - Ich bin der festen Überzeugung, dass man in den Kommunen nicht nur die Hinweise zur Wirtschaftlichkeit kleiner Grundschulen bedenkt, sondern auch die anderen Dinge, die in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen sind, und dann überlegt: Was ist für die Schulkinder die richtige Lösung? - Das wird in Einzelfällen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen. Ich kann nur an Sie appellieren: Vertrauen Sie auf die Kommunen! Versuchen Sie nicht, dieses Thema zu instrumentalisieren!

Ich bedaure außerordentlich, dass Sie heute unsere bisherige Tradition, über die Arbeit des Unter-ausschusses sachlich zu berichten, verlassen haben.

Ich bedanke mich aber bei allen, die uns im Unter-ausschuss zugearbeitet und uns dabei geholfen haben, zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen.

Selbstverständlich werden wir die Berichte, die in den nächsten Wochen und Monaten von der Landesregierung kommen werden, in die Arbeit der einzelnen Fachbereiche einzubeziehen und mit zu berücksichtigen haben.

Heute empfehlen wir und bitten darum, der Beschlussempfehlung zuzustimmen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Geuter. - Der Kollege Hilbers hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Bitte, Herr Hilbers!

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Geuter, hier ist mitnichten irgendetwas instrumentalisiert worden. Ich erinnere nur daran, dass der Landesrechnungshof im Unterausschuss der Politik anheimgestellt hat, zu der Personalfrage - zu der Frage, wie viele Stellen geschaffen werden - einen eigenen Beitrag zu formulieren. Darauf haben wir verzichtet, weil Sie ihn sowieso abgelehnt hätten.

Ich will Ihnen einmal sagen, was der Landesrechnungshof in seinem Bericht zum Stellenabbau geschrieben hat:

„Im Rahmen der sogenannten Zielvereinbarungen I, II und III baute das Land in den Jahren 2003 bis 2014 rd. 11 000 Stellen u. a. durch Abschaffung der Bezirksregierungen ab.“

Das ist gelungen. Damit haben Sie recht. Sie haben am Ende auch damit recht, dass wir zusätzliche Stellen geschaffen haben. Aber wo sind die denn geschaffen worden? Waren Sie denn dagegen, dass wir Lehrer eingestellt haben? Waren Sie denn dagegen, dass wir im Bereich der frühkindlichen Bildung viel getan haben? Waren Sie denn dagegen, dass wir die Schulinspektion eingerichtet haben?

Wir haben es doch erst durch die Abschaffung der Bezirksregierungen und den Abbau von 6 700 Stellen möglich, 5 000 zusätzliche Lehrer einzustellen. Gegen diese Stellen waren Sie nicht. Im Gegenteil, Sie haben damals immer gesagt, es seien viel zu wenige.

Die ungefähr 600 Stellen, die wir eingeplant hatten, um die Lehrerfreistellung, die einst Jürgens-Pieper zugesagt hatte, Wirklichkeit werden zu lassen, haben Sie einkassiert. Sie haben sie beim Staatlichen Baumanagement eingesetzt, in den Ministerien - 140 Stellen - und sonst wo. Deswegen haben Sie heute genauso viele Stellen, wie wir damals auch hatten. Sie haben diese Stellen aus dem Bildungsbereich herausgezogen und in die allgemeine Verwaltung gesetzt. Das ist die Wahrheit.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Geuter, bitte schön!

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtagsabgeordnete Hilbers wiederholt wider besseres Wissen eine Aussage, die nicht richtig ist.

Darauf wurde er in der Vergangenheit mehrmals hingewiesen. Beim Staatlichen Baumanagement sind keine zusätzlichen Stellen geschaffen worden. Alle Mitarbeiter, die auf den Stellen sitzen, waren schon vorher da. Wir haben nur das gemacht, was Ihnen offensichtlich schwergefallen ist: Wir haben Transparenz geschaffen und die Stellen im Haushalt etatisiert; denn dort gehören sie auch hin.

Das hat nicht dazu geführt, dass der Personalhaushalt in irgendeiner Art und Weise ausgeweitet wurde. Das wissen Sie auch. Von daher ist es unredlich, wenn Sie diese Behauptung hier wider besseres Wissen permanent wiederholen.